

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 67 (1987)
Heft: 12

Rubrik: Blickpunkte

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Blickpunkte

Schwierige Kandidatenschau der Sozialdemokraten

Bundesrat zu werden, ist ganz generell nicht einfach. Zu vieles muss hier zusammenstimmen, als dass eine Karriereplanung im normalen Sinne aussichtsreich sein könnte: Parteifarbe, Region, Sprache, Geschlecht, allgemeine politische Konstellation — all dies neben persönlicher Qualifikation, optimalem Beliebtheitsgrad in Fraktion und Parlament zum richtigen Zeitpunkt, nicht zu vergessen eine angemessen positive und termingerechte Kotierung an der launischen Börse der professionellen öffentlichen Meinungsmacher.

Kommt dies alles schon fast der berühmten Quadratur des Zirkels gleich, so dürften sozialdemokratische Interessenten mit wehmütigem Lächeln auf ein solches Inventar der Stolpersteine reagieren und bei sich denken: «Wenn es nur das wäre!» Das regelmässig wiederkehrende Schauspiel besonders schmerzhafter Kandidatengeburt in der sozialdemokratischen Fraktion wird noch zusätzlich stark vom latenten Risiko überschattet, dass die bürgerliche Mehrheit der Bundesversammlung ungnädig reagieren und darum «ihren» sozialdemokratischen Favoriten in den Magistratensessel hissen könnte.

Diese besondere Konstellation bei der Wahl von SP-Bundesräten wird meist teils rügend, teils wohlig als Ausdruck bürgerlichen Machtwillens kommentiert. Doch die Wurzeln liegen in Wirklichkeit anderswo. Zunächst einmal ist die schweizerische Sozialdemo-

kratie wohl jene Partei, welche vom soziologischen Wandel der industriellen Gesellschaft am stärksten betroffen ist.

Den traditionellen Arbeiter mit entsprechend proletarischem Bewusstsein gibt es fast nicht mehr. Der Durchbruch zum «neuen Mittelstand» aber will und will der Partei nicht recht gelingen. Stattdessen ist es zu mehrfachen Polarisierungen gekommen, bei denen die gewerkschaftlichen Flügel schon rein zahlenmässig mehr und mehr den kürzeren ziehen, während die intellektuell-ideologischen «Stratosphärenflieger» immer wieder durch abrupte Bruchlandungen in die rauhe Wirklichkeit zurückfinden müssen.

Zu diesem inneren Spannungsfeld, das bei jeder Nomination den unvermeidlichen Rahmen bildet, kommt ein objektiver Sachverhalt hinzu, der gern übersehen wird. Die SP ist von ihrem ideologischen Standort her nach wie vor Oppositionspartei. Gleichzeitig ist sie aber entsprechend unserem gegenwärtigen Staatsverständnis auch Regierungspartei. Diese Doppelfunktion spiegelt sich auch in den Flügeln der Partei wider: Ein Teil der Prominenz markiert die Oppositionsrolle, während ein anderer Teil sich deutlich auf die Spielregeln der Vielparteienregierung einstellt.

Das Parlament seinerseits ist Wahlbehörde für eine Regierung, die der Idee des Kollegialsystems verpflichtet ist. Es steht vor der Aufgabe, Kandida-

ten auszulesen, die diesem System entsprechen und es funktionsfähig ausgestalten helfen. Das können naturgemäß nur Politiker des «Regierungsflügels» sein, die einen pragmatischen und damit integrationsfähigen Sozialismus verkörpern. Die Partei ihrerseits steht so vor dem heiklen Problem, die Selbständigkeit der Entscheidung und damit die Selbstachtung zu bewahren und trotzdem einen Kandidaten zu präsentieren, der eine Mehrheit findet.

Gelingt dies nicht, so sind Schwierigkeiten vorprogrammiert. Auf dem speziellen ideologischen Hintergrund bekommt die Nichtwahl eines offiziellen Kandidaten viel dramatischere Akzente, als dies jeweils bei bürgerlichen Fraktionen in der gleichen Situation der Fall zu sein pflegt. Die Partei

fühlt sich vor den Kopf gestossen — mit dem Ergebnis, dass sich der gegen ihren Willen Gewählte normalerweise schwer tut im Umgang mit der eigenen Fraktion. Dies ist bei Otto Stich nach wie vor spürbar. Und selbst ein so kontaktfreudiger Magistrat wie Willy Ritschard fand erst nach langen Jahren die volle Akzeptanz.

Wenn diese Zeilen erscheinen, wird die Vorentscheidung für die Nachfolge von Bundespräsident Aubert bereits gefallen sein. Hoffen wir, dass sie eine konsensfähige Basis für die definitive Ausmarchung am 9. Dezember bilden wird. Mit vorprogrammierten neuen Reibungsflächen unter den Regierungsparteien wäre niemandem — und zuallerletzt dem Land — gedient.

Richard Reich

Die sozialistischen Länder im Reformfieber

In den sozialistischen Ländern motzt und brennt das Reformfeuer. Die VR China ist schon vor einigen Jahren in ein breitangelegtes Experiment eingestiegen. Der Impetus von einst ist inzwischen etwas verdampft. Nüchternheit und Sachlichkeit sind an die Stelle von «mitreissenden» Visionen getreten; wohl auch ein «Portionchen» bremsender Machtkämpfe — kurz: ein Abkühlungsprozess. Erwartungen wurden geweckt, hinter denen nun das Gespenst des Stimmungsumschwunges lauert, weil sie nur teilweise honoriert werden konnten. Die Reformrhetorik — eine alte Erfahrung — eilt der tatsächlichen Entwicklung immer um einige Schritte voraus, bis sie schliesslich ermattet und die realen Anpassun-

gen entweder abrupt abgebrochen werden oder langsam und «unmerklich» versanden. China vermag einer interessierten «Weltöffentlichkeit» allerdings noch immer gespannte Aufmerksamkeit abzuringen. Dasselbe gelingt dem obersten Kremlherrn mit seiner reformerischen Zungenfertigkeit. Am sowjetischen Reformknochen hängt indessen noch wenig Fleisch, aber offensichtlich genug, um die Kremologen zu emsigem Treiben anuspornen. In Moskau dürfen nun neuerdings auf «privater» Basis Kaffeehäuser eröffnet werden — ein «unerhörter» und schlagzeilenträchtiger Vorgang. Reformpolitik auf Kaffeehaus-Niveau? Auch Polen sucht weiterhin nach neuen Ordnungsformen, nachdem der grosse

Durchbruch scheiterte. Die Tschechoslowakei und Bulgarien tasten sich mit einigem Respekt, und ohne durch Kühnheit aufzufallen, an die «Moderne» heran. Rumänien ist insofern ein Sonderfall, als es unter roten Vorzeichen zu einem absolut feudalistischen Staat degenerierte. Ungarn endlich ist ein alter Reformkunde. Es mauert sich mehr schlecht als recht durch eine veritable Krise und versucht soviel kleine Freiheiten zu aktivieren, dass der Traum nach der grossen Freiheit kein Unheil anrichten und die politische Ordnung nicht aus den Fugen geraten kann. Die Magyaren haben in diesem Spiel eine ausgesprochene Meisterschaft entwickelt. Dabei ist ihnen das abhanden gekommen, was als Modellhaftigkeit ihres ordnungspolitischen Denkens bezeichnet werden könnte. De facto liegt ein «muddling through» vor, oder, vornehmer ausgedrückt, eine schrittweise Zersetzung der Ordnungseinheit mit pragmatischen, an Paprika gekochten Elastizitäten.

Es tut sich also etwas in den sozialistischen Ländern. Die Frage ist nur: Was? Darüber eben zerbrechen sich die professionellen Auguren die Köpfe. Und weil niemand so recht weiss, wo das Ganze einmal enden wird, ist das Spekulationsfeld relativ gross. Kann bei dieser Sachlage Trost in der geschichtlichen Erfahrung gesucht und gefunden werden? Dieser Ansatz verspricht einiges, weil es bei den heute zu beobachtenden Bewegungen im Sozialismus nicht um eine Neuorientierung geht, sondern um die x-te Variation einer reichlich alten Melodie, nämlich um die Verbesserung der *gesamtwirtschaftlichen Effizienz* eines Systems, das aus auch in den sozialistischen Ländern bekannten Gründen an gra-

vierenden Funktionsmängeln, an Arterienverkalkung und Lähmungserscheinungen leidet; es hat nur eine Revitalisierungschance, wenn den Reformdoktoren gestattet wird, eine *Radikalkur* durchzuführen. Schliesslich wird nun seit über drei Jahrzehnten mit der immer gleichen, auf partielle Symptome zielende Therapie an diesem Patienten herumgekurfuscher — bisher ohne sichtbare Erfolge. Radikalkuren aber sind trickreich und gefährlich. Weshalb? Weil jede Reformpolitik, wie immer sie konkret beschaffen sein mag, *zwei Restriktionen* zu beachten hat, die eine eigentliche Radikalkur ausschliessen:

1. Eine Verbesserung der wirtschaftlichen Funktionalität darf die marxistische Wertbasis oder das, was in den einzelnen Staaten als solche ausgegeben wird, nicht zu stark tangieren bzw. im Extremfalle völlig zerstören. Die Häresiespannbreite zeigt nationale Unterschiede. Aber bei allen Ländern ist eine absolute Untergrenze auszumachen. Die Eigentumsordnung beispielsweise kann noch keine Reformpolitik in Frage stellen.
2. Die Wirtschaftsreform darf die politische Ordnung nicht destabilisieren.

Wirtschaftsreformen, die diesen Namen verdienen, die also nicht bloss Symptomtherapie betreiben, die eine echte Chance haben sollen, den wirtschaftlichen Entwicklungsstand spürbar zu erhöhen, verstossen fatalerweise genau gegen diese zwei Restriktionen: sie rütteln gewaltig am ideologischen Gestänge und infizieren die politische Ordnung mit dem Bazillus der Dezentralisation; der Funke der Dezentralisation nimmt, je intensiver diese im Rahmen der Reformpolitik in der Wirt-

schaft vorangetrieben wird, die Tendenz an, auf die monopolistischen politischen Herrschaftsstrukturen überzuspringen und diese anzugreifen. Bisher sind alle realen Reformkonzepte an diesen Klippen zerschellt. Gibt es einen

Grund zur Annahme, dass dies in absehbarer Zukunft nicht notwendigerweise mehr so sein wird? Er ist, bisher jedenfalls, noch nicht sichtbar geworden.

Willy Linder

Wunder und Wunden

Ein wirklichkeitsfernes Budget, dessen Defizite keine neuen Abgaben und Steuern entfernt decken könnten, wochenlange partielle Streiks von Alitalia und weitere Streikdrohungen gehören zum Alltag der italienischen Politik, bieten dennoch Gründe zu kritischem Nachdenken über die verbreitete Meinung, dass die italienische Wirtschaft nicht trotz, sondern wegen der Lähmung von Regierung und Parlament gedeihe.

Aus verschiedenen Gründen sind Italiens Einrichtungen oft «disfunktional». Auch die Gerichte, nicht nur die Kammern, vermögen ihre Aufgaben nicht fristgerecht und zur Zufriedenheit der Bürger zu erfüllen — und ob der Staat damit ein Spiegel oder Zerrspiegel der Gesellschaft selber ist, lassen wir dahingestellt. Doch darf festgestellt werden, dass es eine umgekehrte Proportion gibt zwischen der Schnelligkeit individueller Reaktionen und der lähmenden Langsamkeit der Institutionen.

Ob Volksbefragungen — an zwei Novembertagen waren gleich fünf schwierige Fragen zu beantworten — der indirekten Demokratie die nötige Ergänzung und Entlastung bringen? Es hängt von den Themen und den Fragestellun-

gen ab, vom jeweils anderen Umfeld, von den Hintergedanken der Parteien, die sie veranlassen.

Diesmal haben sich «nur» zwei Drittel der Wähler zu den Urnen bemüht. Was anderswo als hervorragende Beteiligung gilt, wird hier angesichts der sonst viel stärkeren Mobilisierung als ein Misstrauensvotum beurteilt. Die Stimmbürger konnten nicht genau wissen, wofür sie sich entschieden und mit welchen Folgen.

Bei Volksbefragungen mit klaren Alternativen wie jene um die Wiedereinführung der Scheidung verhielt es sich anders. Nach dem Ja gab es keine langen Prozeduren und keine Schwierigkeiten der Deutung. Diesmal traf das Gegenteil zu.

Wie ist das mit der zivilrechtlichen Verantwortung der Richter für Fehlgriffe und Fehlurteile? Haften sie persönlich oder haftet, wenn die Richter solchen Verhaltens überführt wurden, der Staat? Es gab bisher freilich ein Übermass an richterlicher Willkür — «strapotere» nennt es der angesehene Kommentator Ronchey — nach dem Muster: erst einsperren, dann Beweise suchen. Doch wie wird sich der Richter nunmehr gegen mächtige Angeklagte verhalten, die einen Tross gewiefter

Anwälte zur Verfügung haben? Eher verängstigt als entscheidungsfreudig, darf man erwarten. Nicht zum ersten Mal wäre die Antithese eines Übels ein noch grösseres Übel...

Und wie ist die verklausulierte Absage an die Kernkraft zu deuten? Welche Atommeiler dürfen weiter Strom liefern? Welche neuen werden gebaut? Welche internationalen Arrangements dürfen getroffen werden? Der Anteil der eigenen Kraftwerke am italienischen Energieverbrauch ist 3,8 Prozent. Es sieht so aus, als würde Italien aus einem Bereich ausscheiden, auf den es sich noch gar nicht richtig eingelassen hatte. Die das Energiedefizit deckenden Exporte einer leistungsfähigen Industrie — auch kleine Unternehmen wissen den Ansprüchen ausländischer Märkte zu entsprechen — kommen gerade jetzt, weil es sich zum guten Teil um «Luxusprodukte» handelt, unter Druck. Fast gleichzeitig mit dem Termin der Volksbefragungen scheiterte die lang geplante Verbindung zwischen einem staatlichen und einem privaten Unternehmen (Fiat) zur Entwicklung der Telekommunikation, auf welchem Gebiet das Wirtschaftswunderland ziemlich rückständig bleibt.

Die öffentlichen Dienste sind, zurückhaltend gesagt, unbefriedigend. Es genügt, an den Zustand der Krankenhäuser zu denken, an den Mangel an Kanalisation und Kläranlagen, wo wild und illegal — aber später sanktionierte — gebaut wird, an die Küsten, an denen Baden gefährlich ist, an die Städte, deren Trinkwasser es nicht minder ist. Die Ökonomie blühte — auf Kosten der Umwelt.

Ein Unternehmer, der zum Mäzen eines Verlages wurde, sagte mir: «Wirtschaft glänzend, Land kaputt.» Hinter dem Italien der Wunder verbirgt oder offenbart sich ein Italien der Wunden.

Die Parteien haben andere Sorgen, und die Volksbefragungen bringen keine Remedur. Hinter ihnen stand diesmal vor allem der Ehrgeiz des früheren Ministerpräsidenten und Sozialisteführers Bettino Craxi. Da die Wahrscheinlichkeit eines «Ja» zu allen vorgeschlagenen Änderungen gross war, schlossen sich die Koalitionspartner an, damit nicht eine Partei allein als Sieger dastünde. Ein solches Zusammengehen divergenter Kräfte nennt man eine «ammucchiata», einen Haufen. Nun hat das Parlament vier Monate, um dem fünffachen «Ja» mit Gesetzen zu entsprechen — eine unreal kurze Frist. Und von den Gesetzen zu den Ausführungsbestimmungen könnte dann ein Vielfaches dieser Zeit noch verstreichen. Doch sind nunmehr einige geltende Gesetze aufgehoben, und wenn die neuen Gesetze nicht durchkommen, entsteht ein Vakuum. Die neue Regierungskrise schiebt die Aufarbeitung der Volksentscheide in noch fernere Zukunft.

Mit sogenannt «unmöglichen Zuständen» ist Italien bisher durchgekommen und zur «fünften Industriemacht» geworden, die dennoch zunehmend bei Wirtschaftsgipfeln vergessen wird. Doch ist es gefährlich, den Staat für einen fast unnötigen Überbau zu halten, wenn schon jeder stärkere Regen im Zustand der Strassen spürbar macht, dass es mit dem Unterbau hapert.

François Bondy